

Beschluss

Dresdens Energieversorgung unabhängig und klimaneutral umbauen.

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 27.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.3. Energiewende

Antragstext

1 **Antragsteller*innen: Wolfgang Deppe, Klemens Schneider, Henriette Mehn**

2 **Fossile Politik hat Ausbau der Erneuerbaren jahrelang verhindert**

3 Sowohl der Ukrainekrieg als auch der aktuelle Sachstandsbericht des IPCC führen
4 das eklatante Versagen der Energiepolitik in Deutschland (und anderswo)
5 drastisch vor Augen. Obwohl es genug Warnungen gab, hat man sich sehenden Auges
6 in die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland und anderen Staaten
7 begeben, die unsere demokratischen Werte ablehnen. Noch heute finanzieren wir
8 jährlich mit Milliardenbeträgen für Öl und Gas die Stabilisierung autokratischer
9 Herrschaftssysteme und deren Aufrüstung.

10 Über viele Jahre wurde versäumt oder verhindert, noch konsequenter auf heimische
11 erneuerbare Energie zu setzen und den Umbau der Energieversorgung stärker
12 voranzutreiben.

13 Die heutige Stopp der vertraglich vereinbarten Gaslieferungen an unsere EU- und
14 NATO Partner Bulgarien und Polen versucht Russland gerade in Deutschland Angst
15 zu schüren und die bisher mit der Ukraine solidarische EU zu spalten. Statt die
16 Unterstützung der Ukraine einzustellen, müssen wir Maßnahmen ergreifen, damit
17 auch Deutschland im nächsten Winter notfalls ohne russische Gaslieferungen
18 auskommen kann. Dresden ist auf eine solche Situation bisher nicht ausreichend
19 vorbereitet. Auch die SachsenEnergie hat das Szenario in den letzten Wochen
20 ignoriert und zu sehr auf eine Rückkehr zur Vorkriegsrealität gesetzt.

21 Vergangene Regierungen aus Union und FDP bzw. SPD haben im Bund und im Freistaat
22 viele Hindernisse für den Ausbau von Wind- und Solarenergie geschaffen (z.B.
23 Deckelung der Mengen, abschreckende Ausschreibungsverfahren, unsinnige
24 Abstandsgebote, komplizierte Genehmigungsverfahren). Die CDU-geführten
25 Landesregierungen haben bisher einen klaren Kurs gegen Erneuerbare Energien und
26 pro Braunkohle gesteuert. Auch in der aktuellen Landesregierung tritt die CDU
27 immer noch als Bremserin zum Beispiel beim Ausbau der Windkraft auf. Sachsen ist
28 durch diesen Kurs zum Bundesland mit der pro Kopf niedrigsten EE-Erzeugung in
29 Deutschland geworden. Auch in Dresden haben sich CDU und FDP sowie Teile der
30 LINKEN gegen eine konsequente Energie- und Verkehrswende ausgesprochen.

31 Der regionale Energieversorger DREWAG bzw. jetzt SachsenEnergie hat sich mit
32 Rückendeckung dieser politischen Kräfte aus dem Stadtrat und Oberbürgermeister
33 Dirk Hilbert nur am Markt orientiert und kaum selber in Anlagen zur EE-Erzeugung
34 investiert (im Gegensatz z.B. zu den Stadtwerken München). Die SachsenEnergie
35 agiert einseitig profitorientiert. Befördert wurde dies auch durch die
36 Stadtpolitik, die das Unternehmen im Querverbund der Technischen Werke Dresden

37 (TWD) als cash cow zur Finanzierung des ÖPNV (DVB) und des Bäderbetriebs gesehen
38 hat. In Dresden erfolgte im Gegensatz zu anderen Städten bisher keine direkte
39 Finanzierung von Verkehrsbetrieben und Bädern aus dem städtischen Haushalt.

40 **Konsequentes Umsteuern auf allen politischen Ebenen**

41 Aufgrund der verlorenen Zeit und der expansiven Geopolitik Russlands muss jetzt
42 energisch umgesteuert werden. Auf Bundesebene müssen die gesetzlichen Grundlagen
43 für einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien und den mittelfristigen
44 Ausstieg aus Braunkohle und anderen fossilen Energieträgern wie Gas, Öl und
45 Steinkohle geschaffen werden. Dazu müssen Vorrangstellung, Beschleunigung der
46 Genehmigungsverfahren, veränderte Abstandsgebote und Investitionserleichterungen
47 für erneuerbare Energieträger geschaffen werden. Wirtschaftsminister Robert
48 Habeck hat ein erstes gutes Gesetz dazu vorgelegt.

49 Im Land muss das im Koalitionsvertrag verankerte ambitionierte EE-Ausbauziel für
50 2024 jetzt mit allen Mitteln umgesetzt werden. Die CDU muss ihren Widerstand
51 gegen Windkraft und Solarenergie aufgeben wenn schon nicht für den Klimaschutz,
52 dann zumindest zur Wahrung unserer nationalen Souveränität. Die Regionalpläne
53 sind so zu ändern, dass 2 % der Landesfläche als Vorranggebiete für EE
54 ausgewiesen werden. Außerdem müssen die auf alten Ausbauzielen basierenden
55 großzügigen Abstandsregelungen reduziert werden.

56 Auch in Dresden sind erhebliche Potenziale zur Nutzung erneuerbarer
57 Energieträger vorhanden: zahlreiche Dachflächen sind hervorragend für PV-Anlagen
58 geeignet, ein Solarkataster ist vorhanden, eine Potenzialanalyse des Instituts
59 für ökologische Raumentwicklung (IÖR) liegt demnächst vor. Auch Windkraftanlagen
60 sind möglich, beispielsweise im Westen entlang der Autobahnen, im Schönefelder
61 Hochland und in Teilen der Dresdner Heide.

62 Die Stadt muss hier als Vorbild voran gehen und kommunale Dächer mit PV-Anlagen
63 versehen. Wenn und sobald gesetzlich möglich, muss die Stadt bei Neubauvorhaben
64 ab einer bestimmten Größe PV-Gebote erlassen. Der aus der Zeit gefallene
65 Stadtratsbeschluss gegen Windkraftanlagen auf Dresdner Territorium muss
66 revidiert werden. Auch gegenüber ländlichen Regionen, ist es nicht zu
67 vermitteln, dass Dresden als großer Energieverbraucher bisher keine Flächen zur
68 Nutzung von Windkraft freigibt.

69 Das Unternehmen SachsenEnergie muss energisch umsteuern, in eigene EE-Anlagen
70 investieren und die Abhängigkeit von (russischem) Gas rasch reduzieren. Dazu
71 müssen rasch Alternativen für den Betrieb des Kraftwerks Nossener Brücke
72 entwickelt werden. Die Stadt muss dazu einen Wärmeplan aufstellen, der aufzeigt,
73 wie bis 2035 die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in Dresden geschafft
74 werden kann. Die SachsenEnergie muss ihr Wärmenetz auf Quartiersebene für eine
75 dezentrale Einspeisung aus Großwärmepumpen, Solarthermie und Abwärmenutzung
76 umbauen. Ein weiterer Fernwärmeausbau in Dresden ist nötig, muss fortan aber
77 immer mit Maßnahmen zur Einspeisung erneuerbarer Wärme untersetzt werden. Zudem
78 sollte die SachsenEnergie auch regionale Potenziale für Tiefen-Geothermie
79 erkunden lassen.

80 Auch die Verwendung heute üblicher CO₂-intensiver Materialien im Gebäudebau muss
81 hinterfragt und reduziert werden. Der Stadt kommt dafür bei eigenen Bauvorhaben
82 ebenfalls eine Vorbildwirkung zu.

83 **Erfolg der Energiewende wird auch im Stadtrat entschieden**

84 Um die zur Erreichung der aufgeführten Ziele nötigen kommunalen
85 Weichenstellungen herbeizuführen wird die Stadtratsfraktion aufgefordert:

- 86 • den bestehenden Stadtratsbeschluss zu Photovoltaik auf städtischen Dächern
87 mit einem Antrag fortzuentwickeln, der die Ausweitung des Programms
88 mengen- und flächenmäßig vorsieht
- 89 • den im letzten Jahr im Stadtrat abgelehnten Antrag zur Umstellung des
90 städtischen Strombezugs auf 100% EE bis Anfang 2025 erneut zu stellen
- 91 • einen Stadtratsantrag einzubringen mit dem Ziel das bestehende Verbot von
92 Windkraftanlagen im Dresdner Stadtgebiet aufzuheben.
- 93 • sich für einen Wärmeplan für Dresden stark zu machen mit dem Ziel der
94 Dekarbonisierung bis 2035
- 95 • sich durch ihre Aufsichtsratsmitglieder bei der SachsenEnergie für eine
96 schnellstmögliche Reduzierung der Abhängigkeit von russischen
97 Gaslieferungen und einen terminierten Fahrplan zur Schaffung für eine
98 klimaneutralen Strom- und Wärmeversorgung einzusetzen
- 99 • einen Antrag zu stellen, der die Ausweisung von grauer Energie bei
100 städtischen Bauvorhaben fordert und auf den verstärkten Einsatz ökologisch
101 verträglicher Bauweisen (besonders energetisch) und Baustoffe (z.B. Holz,
102 Hanf o.Ä. zur Wärmedämmung) abzielt
- 103 • Anträge zur Unterstützung von erneuerbarem Mieterstrom und besseren
104 Beratungsangeboten zum Umstieg auf EE für alle Dresdner*innen in den
105 Stadtrat einzubringen
- 106 • ihren Antrag gegen Stromsperrern fortzuentwickeln und die Stadt
107 aufzufordern, Härtefallregelungen für besonders einkommensschwache
108 Menschen in Dresden bei den steigenden Energiepreisen vorzusehen verbunden
109 mit sehr praktischen Hinweisen zur Energieeinsparung

110 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich gegenüber den Koalitionspartnern
111 deutlicher als bisher erkennbar für die Umsetzung des Koalitionsvertrags
112 bezüglich des EE-Ausbaus einzusetzen und insbesondere auf die Umsetzung des 2 %-
113 Flächenziels hinzuarbeiten. Außerdem sollte sich die Landtagsfraktion für eine
114 Ausbildungsinitiative für künftige Handwerker*innen einsetzen, um die
115 personellen Voraussetzungen für Aufbau und Unterhaltung einer klimaneutralen
116 Energieversorgung zu schaffen.